



Liebe Leserinnen und Leser

Die Abstimmungen vom 27. September gehören der Vergangenheit an. Dennoch werden uns die Resultate weiterhin beschäftigen. Es stellte sich heraus, dass die Kluft zwischen Stadt und Land immer erheblicher wird. Elf Gemeinden überstimmten die restlichen des Kantons in der Mieter-Initiative, sodass diese angenommen worden ist.



Auch beim Jagdgesetz obsiegten die städtischen Verhältnisse. Die Familien in den Berggebieten und die übrige Landbevölkerung müssen sich jetzt damit abfinden, dass die Mehrheit, welche beispielsweise nicht von den «Wölfen» geplagt war, ein Nein an der Urne erreichten. Langfristig ist zu überlegen, ob unser Abstimmungs-system mit dem jetzigen Modell noch zeitgerecht ist.

Bis dato war die SVP Weltmeister im Unterschriftensammeln. Was ist passiert, dass dies immer schwieriger wird. Bei allem Respekt, an allem kann nicht «Corona» schuld sein. Sind wir zu bequem geworden? Oder verfehlen die Initiativen sowie die Meinungen der Basis? Oder hat sich die Gesinnung der Gesellschaft geändert? Die gesammelten Unterschriften für die Überbrückungsrente reichten nicht aus. Trotzdem vielen Dank an alle, welche sich engagierten und unterschrieben haben.

Ich bin nach wie vor überzeugt, dass wir als SVP auf die richtigen Werte setzen. Was kann wichtiger sein als Sicherheit, Freiheit und Arbeit. Das letztere kommt langsam ins Wanken, weil der Druck vom Ausland immer grösser wird. In jüngster Zeit wurden Bundesaufträge im Tunnelbau vergeben. Die einheimischen Schweizer Unternehmen sind knapp unterlegen und die Aufträge gingen an ausländische Baufirmen nach Österreich und Deutschland. Mit immer mehr Vorschriften, Regelungen und Kontrollen setzen wir unsere heimische Wirtschaft aufs Spiel. Es kommt mir vor, als ob die Parlamentarier in Bern abgehoben sind und die Nähe zur Praxis und zur Basis verloren haben.

Die Präsidentin
Angela Lüthold-Sidler

Bleiben wir auf Kurs und konzentrieren uns auf die kommenden Abstimmungen vom 29. November 2020.

Noch eine Bitte an alle: Referendumsbogen gegen das CO₂ Gesetz ist auf unserer Homepage downloadbar (<https://www.svp-lu.ch/referendum-gegen-das-co2-gesetz/>). Danke!



Wichtiges im Okt./Nov. >>

24 | Eidgenössische
Delegiertenversammlung

26 | Kantonsratssession

27 | Kantonsratssession

05 | Kantonale
Delegiertenversammlung

Infos über die SVP Kanton Luzern:
www.svplu.ch

AUS DER REDAKTION

Aus dem «SVP Kurier» wird neu die «SVP news», das offizielle Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern. Die «SVP news» erscheinen monatlich und sind als online-Version jeweils aktuell auf der Website der SVP Kanton Luzern zum Download bereit. Selbstverständlich kann auf Bestellung eine Printversion zugestellt werden.

Mit den «SVP news» will die Parteileitung des SVP Kanton Luzern schneller und fokussierter über wichtige Themen und Entscheidungen informieren. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden.

Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung
Die Parteileitung der SVP Kanton Luzern



Referendum gegen das CO₂-Gesetz

Das neue CO₂-Gesetz kostet viel und bringt nichts. Es führt zu mehr Bürokratie, mehr Verboten, mehr Vorschriften und neuen Steuern und Abgaben. Dabei ist die Schweiz auch ohne neue Gesetze klimapolitisch vorbildlich unterwegs. Aus diesem Grund ergreift ein breit aufgestelltes Wirtschaftskomitee das Referendum. Am 14. Januar 2021 läuft die Referendumsfrist ab.

Alle weiteren Informationen finden sich unter www.vernuenftig-bleiben.ch.



Die Schweiz soll ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. Das totalrevidierte CO₂-Gesetz stellt die Weichen, damit diesem Wunsch nachgekommen werden kann. Einige wichtige Punkte daraus sind, dass etwa die Hersteller und Importeure fossiler Treibstoffe einen grösseren Teil des CO₂-Ausstosses kompensieren müssen. Das schlägt sich auf den Benzin- und Dieselpreis nieder. Auf Flugtickets soll eine Abgabe von maximal 120 Franken erhoben werden. Das neue CO₂-Gesetz greift derart stark in die Energiepolitik ein, dass es unumgänglich ist, der Stimmbevölkerung das letzte Wort zu geben. Das breit abgestützte Wirtschaftskomitee gegen das CO₂-Gesetz will dies ermöglichen. Es hat aus diesem Grund das Referendum ergriffen.

1000 Fr. pro Familie

Mit dem neuen CO₂-Gesetz wird es faktisch verboten, neue Öl- und Gasheizungen einzubauen. Stattdessen werden künftig erneuerbare Heizungen wie bspw. Wärmepumpen vorgeschrieben, egal ob diese technisch oder ökologisch sinnvoll sind. Das neue CO₂-Gesetz verteuert zudem Benzin und Diesel um 12 Rappen pro Liter. Die Abgabe auf Heizöl und Gas wird mehr als verdoppelt. Alle Massnahmen belasten die Bevölkerung und das Gewerbe massiv: für eine vierköpfige Familie können so rasch über 1000 Franken Mehrkosten pro Jahr entstehen. Selbst wenn wir von heute auf morgen unseren CO₂-Ausstoss auf null herunterfahren, hätte dies keinen Einfluss auf das Weltklima. Die Schweiz ist bereits heute vorbildlich unterwegs, denn sie hat ihren CO₂-Ausstoss pro Kopf in den letzten 10 Jahren um rund 20 % reduziert.

Unfares Gesetz

Das Parlament hat das CO₂-Gesetz komplett überladen. So sollen die neuen Benzin-, Diesel-, Heizöl- und Flugticketsteuern in einen «Klimafonds» fliessen, aus dem die Verwaltung dann wahllos Geld verteilen kann. Dafür sollen der Ausbau und Unterhalt der Strassen vernachlässigt werden. Zu beachten gilt, dass nicht alle von den Massnahmen des CO₂-Gesetzes gleich stark betroffen sind: Familien, AutoPendlerinnen und -Pendlers sowie die Land- und Bergbevölkerung werden stärker unter den neuen Abgaben leiden als ÖV-Benutzerinnen und -Benutzer oder die Stadtbevölkerung. Durch das neue Gesetz findet eine unfaire Umverteilung statt. Diese Ungerechtigkeit trifft auch Unternehmen: Gewerbebetriebe mit hohem Energieverbrauch wie bspw. Bäckereien werden stärker zur Kasse gebeten als Banken oder Werbeagenturen.

Der Schlüssel: Forschung, Entwicklung, Innovation

Der Weg hin zur angestrebten Klimaneutralität ist nur möglich über Forschung, Innovation – hier ist die Schweiz führend – und nachhaltige Anreizsysteme, nicht über Verbote, Vorschriften und neue Steuern. So sagt selbst etwa Boyan Slat, der Unternehmer, der die Ozeane vom Plastikmüll befreien will: «Menschen werden nicht gerne zu Dingen gezwungen. Es ist nicht der richtige Weg, ihnen etwas zu verbieten – wir sollten uns eher fragen, warum sie sich so verhalten und was wir ändern müssen, damit sie das nicht mehr tun. Auto-Abgase verschwinden nicht dadurch, dass wir Autos verbieten, sondern indem wir auf Elektro-Autos umsteigen.» Gefragt sind nachhaltige Massnahmen, nicht planlose Symbolpolitik. Der Ablauf der Referendumsfrist am 14.01.2021.

Nachgefragt bei



Christian Imark
Nationalrat (SO)

Weshalb setzen Sie sich gegen weitere Regulierungen in der Energiepolitik ein?

Im Gebäudebereich erreicht die Schweiz eine Reduktion der Treibhausgase von 50 Prozent bis 2030 mit den bestehenden Einrichtungen (Extrapolation der Reduktion ab 2005). Im Verkehrsbereich braucht es überhaupt keine zusätzlichen Massnahmen, da die zur Verfügung stehende Elektromobilität im Rahmen von Neuinvestitionen automatisch zu einer starken Reduktion beitragen wird.

Es ist deshalb offensichtlich, dass Benzinpreiserhöhungen einzig dazu dienen sollen, die Staatskasse zu füllen. Zudem ist die Wirkung höherer Treibstoffsteuern äusserst bescheiden. Dies zeigt die Tatsache, dass Benzin und Diesel bereits heute mit 74 respektive 76 Rappen besteuert werden. Die Schweiz ist beim CO₂-Ausstoss bereits heute weltweit Musterschülerin. Dabei könnte dem Schweizer CO₂-Ausstoss begegnet werden, wie jedem anderen Problem: Mit Eigenverantwortung, direkter Demokratie und technologischer Entwicklung. Schweizerinnen und Schweizer investieren in nachhaltige Technologien, wo diese sinnvoll sind und bereitstehen, ohne Bevormundung und Umerziehung.

Zwei neue Kantonsräte

Mit Urs Dickerhof und Marcel Omlin treten gleich zwei erfahrene und engagierte Mitglieder der SVP Kantonsratsfraktion zurück. Aus dem Wahlkreis Hochdorf rücken für sie Mario Bucher und Markus Schumacher nach. Einer von ihnen wurde erst gerade zum «Höchsten Emmer» gewählt.

Nach 14 Jahren im Luzerner Kantonsrat tritt der Rothenburger Marcel Omlin per Ende November aus dem Kantonsrat zurück. Der Präsident der SVP Kantonsratsfraktion, Urs Dickerhof, gab ebenfalls seinen Rücktritt als Mitglied des Luzerner Kantonsrates bekannt. Aus dem Wahlkreis Hochdorf folgen zwei geschäftige Lokalpolitiker nach.

Gefüllter Rucksack

Auf Marcel Omlin folgt Markus Schumacher. Der 59-jährige Unternehmer wurde kürzlich als Einwohnerratspräsident der zweitgrössten Luzerner Gemeinde gewählt und gilt somit als «Höchster Emmer». Der Einwohnerrat bringt einen gefüllten Sack an politischer Erfahrung mit. So war er im Einwohnerrat Fraktionspräsident der SVP Emmen, Mitglied der Umwelt- & Naturkommission Emmen und hatte Einsitz in der wichtigen Rechnungs- & Geschäftsprüfungskommission der Gemeinde. Als Mitglied des Gewerbeverbands Kanton Luzern vertritt er eine klar gewerbefreundliche Politik, die er im Kantonsrat einbringen wird.

Grosses Engagement in Ortspartei

Mario Bucher folgt auf Urs Dickerhof in den Kantonsrat. Der gelernte Koch und Filialleiter ist seit September 2016 Mitglied des Einwohnerrats Emmen und dort tätig in der ÖV-Kommission. Als Plakatierverantwortlicher der SVP Emmen zeigt er auch ein grosses Engagement in der Ortspartei. Bis vor kurzem war er Präsident der Wahlkreispartei SVP Amt Hochdorf. Beide werden ihre Ämter als Einwohnerräte weiterhin ausüben.



**Markus Schumacher,
Einwohnerratspräsident Emmen**



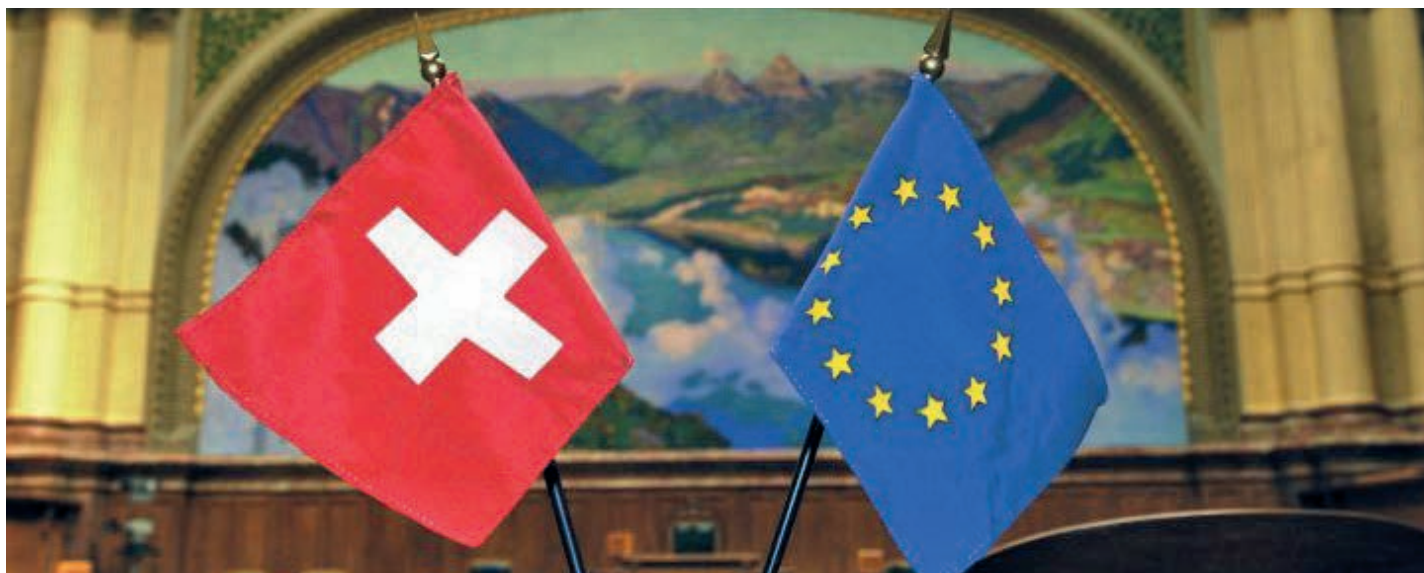
**Mario Bucher tritt die Nachfolge von
Urs Dickerhof im Kantonsrat an.**

Bild des Monats

Sessionsrückblick Wahlkreis Willisau



Am 8. Oktober 2020 luden die SVP Menznau und Nationalrat Franz Grüter zum Sessionsrückblick in der Luzerner Gemeinde im Wahlkreis Willisau ein. Die weit über 50 Gäste erhielten dabei, nebst einer feinen Bratwurst, einen Einblick in den organisatorischen Ablauf einer Session sowie in die behandelten Geschäfte der Bundesversammlung während der Herbstsession. Nationalrat Franz Grüter stand Red und Antwort und stellte sich den zahlreichen Fragen, die sich mehrheitlich der Finanzpolitik, dem Rahmenabkommen und der Klimapolitik zuordnen liessen. Souverän wie immer führte Franz Grüter die Anwesenden durch den informativen und kurzweiligen Anlass. Besten Dank an den Organisator SVP Menznau und Nationalrat Franz Grüter.



Gegen jegliche Anbindung

Die Begrenzungsinitiative wurde abgelehnt. Eine verpasste Chance zu einer kontrollierten und verträglichen Zuwanderung zurückzukehren. Weil der Verfassungsauftrag, die Zuwanderung eigenständig zu steuern, noch immer nicht umgesetzt ist, wird die SVP weiterkämpfen.

Das Bedauern über die gescheiterte Vorlage bei der SVP ist gross, aber man bedenke: 1'233'953 Schweizerinnen und Schweizer haben am 27. September der Begrenzungsinitiative zugestimmt. Das entspricht bei der hohen Wahlbeteiligung von 59.49% einem Ja-Stimmen-Anteil von 38.29%. Die Stände Schwyz, Glarus, Tessin sowie Appenzell Innerrhoden haben gar die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» angenommen. Diese Zahlen zeigen eindeutig, dass die Unzufriedenheit über die Massenzuwanderung bei den Schweizerinnen und Schweizern gross ist. Auch wenn sich ein grösserer Teil der Stimmbevölkerung gegen die Vorlage ausgesprochen hat, erwartet die SVP vom Bundesrat und den anderen Parteien, dass sie diese Bedenken ernst nehmen.

Gegen masslose Zuwanderung

Die Ablehnung der Initiative ist eine verpasste Chance für die Schweizerinnen und Schweizer, die Zuwanderung endlich wieder eigenständig und damit nach den Bedürfnissen unseres Landes zu steuern. Die Drohung mit der Guillotineklausele und die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise haben anscheinend bei vielen Menschen für so grosse Verunsicherung gesorgt, dass sie am aktuellen Zustand festhalten und dafür die negativen Auswirkungen der masslosen Zuwanderung in Kauf nehmen wollen. Aber eines ist klar: Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich 2014 mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative für eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung ausgesprochen. Die SVP nimmt diesen Auftrag der Bürgerinnen und Bürger ernst und wird auch weiter gegen die masslose Zuwanderung kämpfen, namentlich auch im Asylwesen. Denn der von Volk und Ständen erteilte Verfassungsauftrag, wonach die Schweiz und nicht die EU die Zuwanderung in unser Land steuert, bleibt trotz des Neins zur Begrenzungsinitiative bestehen.

Gegen Unterjochungsvertrag

Für die SVP ist auch klar: Das Abstimmungsresultat darf nicht als Ja zum Institutionellen Abkommen (InstA) mit der EU umgedeutet werden. Das InstA ist ein Unterjochungsvertrag, der unser Land zerstören würde, verstösst es doch gegen alles, was die Schweiz ausmacht: die bewährte direkte Demokratie, den Föderalismus, die Unabhängigkeit und die Neutralität. Das Abkommen beinhaltet die Unterwerfung der Schweiz unter EU-Institutionen – inklusive der automatischen – Übernahme von EU-Recht und der Unterstellung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof. Die SVP Schweiz wird diesen schleichenden EU-Beitritt sowie jegliche weitere Anbindung an die EU vehement bekämpfen und auch künftig für eine freie, sichere und vor allem direktdemokratische und eigenständige Schweiz eintreten.



Für die Schäden sind nun die Gegner verantwortlich.



Die Stimmbevölkerung hat sich gegen die Begrenzungsinitiative ausgesprochen. In Luzern sprachen sich 67'984 Bürgerinnen und Bürger für die Vorlage aus, was einem Anteil von über 40% entspricht.

Liebe SVP-Familie

Wieder einmal kämpfte die SVP gegen alle anderen: Parteien, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften. Sie haben mit Angstmacherei die Gegenkampagne geführt. Nun müssen sie aber auch die Verantwortung, für die gewaltigen Schäden, die die Massenzuwanderung in unserem Land verursacht, tragen. Sie sind offensichtlich: Der steigende Lohndruck, die zunehmende Arbeitslosigkeit, die Gefährdung unserer Sozial- und Vorsorgewerke und die Strapazierung unserer Infrastrukturen. Nun erwarten wir von den Gegnern Antworten auf diese drängenden Fragen! Wir sind gespannt auf die Lösungen! Bleibt gesund!

IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden.

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch